

Evangelische Verantwortung

Transparent, profiliert und zukunftsorientiert

Für eine zeitgemäße Zusammenarbeit
der Landeskirche

Dr. Eckhart v. Vietinghoff

Seit mehr als 50 Jahren sind die Strukturen und das Verfahren, in dem die 24 evangelischen Landeskirchen kooperieren, unverändert: Alle 24 Landeskirchen sind zum einen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zusammengefasst; daneben und völlig unabhängig bestehen die Evangelische Kirche der Union (EKU) mit sieben Landeskirchen, die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in Deutschland (VELKD), in der acht der zehn lutherischen Landeskirchen vereinigt sind (daran angegliedert das Deutsche Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes); schließlich gibt es den Reformierten Bund in Vereinsstruktur, sowie die Arnoldshainer Konferenz als Gemeinschaft aller nicht der VELKD angehörenden Landeskirchen. Komplizierter geht es kaum.

Dieses gemeinschaftliche Leitungssystem hat sich inzwischen überlebt. Es wird den heutigen, gerade auch missionarischen Herausforderungen in einem immer rasanter säkularisierten Umfeld nicht mehr gerecht. Der interne Abstimmungsbedarf ist immens, manche Aufgaben werden parallel in mehreren Zusammenschlüssen bearbeitet, andere dage-



„Profilierung und Präsenz der evangelischen Kirche nach außen können durch klare Strukturen nur gewinnen.“

gen gar nicht oder nur zögerlich angepackt. Der Zeit- und Ressourcenverschleiß ist unnötig groß. Das Außenbild der evangelischen Kirche, ihre öffentliche Präsenz bleibt unklar.

Wichtiger noch: Die innerevangelische konfessionelle Entwicklung ist inzwischen längst weiter. Anders als vor 50 Jahren gibt es nun volle Abendmahls- und Kanzelgemeinschaft zwischen allen 24 Landeskir-

chen. Die Kirchenglieder, ebenso wie Pastoren und leitende Geistliche, wechseln selbstverständlich von einer unierten in eine reformierte oder eine lutherische Kirche und umgekehrt. Nur die zwischenkirchlichen Organisationsformen verharren noch immer in theologisch weit hin überwundenen konfessionellen Abgrenzungen.

**Bekenntnisbindung steht nicht
zur Disposition**

Zur Klarstellung: Die Bekenntnisbindung der einzelnen Landeskirchen steht natürlich nicht zur Disposition. In den Landeskirchen hat das Bekenntnis seinen Sitz im kirchlichen Leben, dort entfaltet es seinen **Reichtum für die Vielfalt** des Protestantismus und dort muss es seine Vitalität bewahren. Aber die Bekenntnisbindung der einzelnen Landeskirchen verlangt und rechtfertigt angesichts der theologischen Entwicklungen heute nicht mehr eigene konfessionelle Zwischenebenen mit Kirchenleitungen, Synoden, Kirchenämtern zusätzlich zur EKD, der Ge-

Themen:

Editorial	3
Konflikt zwischen dem Islam und dem „Westen“	4
Chancen für Geringqualifizierte	8
Die CSU im Herbst des Konfessionalismus	10

meinschaft aller 24 Landeskirchen. So sind auch faktisch in den letzten Jahren alle inhaltlich gewichtigen Ergebnisse von vornherein auf der Ebene der EKD oder aber von den konfessionellen Zusammenschlüssen nicht mehr jeweils exklusiv für sich, sondern immer auch im Blick auf die ganze Gemeinschaft aller Gliedkirchen erzielt worden: Das Evangelische Gesangbuch, die Vereinbarung von Meißen mit der Kirche von England, das neue Agendenwerk (Gottesdienstbuch), der Evangelische Erwachsenenkatechismus, der Konsultationsprozess zum Sozialwort der Kirchen, Seelsorge für Soldaten, zentrale Aufgaben von Diakonie, Publizistik und Entwicklungspolitik, etc.

EKD als einziger Zusammenschluss

Vor diesem Hintergrund haben die Landeskirchen der Arnoldshainer Konferenz kürzlich ein konkretes Konzept „Union evangelischer Kirchen“ entwickelt, das neben der VELKD nur noch einen weiteren partikularen Zusammenschluss unter dem Dach der EKD vorschlägt. Damit ist dankenswerterweise Bewegung in den überholten Status quo gekommen. Ich plädiere aber dafür, bereits jetzt konsequent auch den abschließenden Schritt zu gehen: Die bisherigen konfessionellen Bünde werden als eigene Institutionen aufgelöst; alle 24 Landeskirchen konzentrieren ihre Zusammenarbeit in einem einzigen Zusammenschluss, der EKD.

Umbau der EKD

Natürlich muss die EKD dazu umgebaut werden. Das lässt sich mit vorhandenen „Bausteinen“ bruchlos bewerkstelligen. Andeutungen müssen hier genügen. Zum einen sieht die Grundordnung der EKD in Artikel 27 seit jeher für die EKD-Synode das Verfahren vor, dass sich Angehörige eines Bekenntnisses in einem Konvent zu eigenen Beschlüssen versammeln können, die von der Synode als ganzer dann nicht überstimmt werden können. Damit ist für bekenntnisrelevante Themen auch weiterhin ein autonomes Verfahren garantiert,

das zum Beispiel auch auf die Kirchenkonferenz übertragen werden kann. Zum Zweiten lässt sich die weltweite ökumenische Anschlussfähigkeit der bekenntnisgeprägten Landeskirchen nach dem **Modell des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes (DNK)** sichern: Als schlanke Arbeitsgemeinschaft pflegt das DNK bereits jetzt die Beziehung zum Lutherischen Weltbund (übrigens auch für die lutherischen Kirchen Oldenburg und Württemberg, die schon seit jeher nicht der VELKD angehören). Zum Dritten schließlich eröffnet der gerade in Kraft getretene neue **Artikel 10a** der Grundordnung der EKD ein elastisches System der Gesetzgebung der EKD, sei es für alle oder auch nur für einzelne oder einige Landeskirchen. Diese können nun je nach eigenem Bedarf und freier eigenen Entscheidung bei der EKD „arbeiten lassen“.

Die EKD kann mit diesen Bausteinen als eine Gemeinschaft gestaltet werden, die die jeweiligen konfessionellen Profile ebenso wie die unterschiedlichen Sacherwartungen der 24 Landeskirchen achtet, sie aber zugleich innerhalb eines einzigen Systems verbindlich aufeinander bezieht. Kommunikation und Kooperation unterliegen dann anders als bisher zwischen den selbständigen partikularen Kirchenbünden nicht mehr dem Freiwilligkeits- und damit dem Zufallsprinzip. Profilierung und Präsenz der evangelischen Kirche nach außen können durch klare Strukturen nur gewinnen. Nach innen wird das System endlich transparenter, die Kräfte werden gebündelt, auch Kontroversen werden deutlicher, Entscheidungen kann weniger ausgewichen werden. Mit alledem wird die Dynamik für gesamtkirchliches Handeln wachsen, übrigens auch seine theologische Fundierung und Durchdringung.

Motor der überfälligen Veränderungen können nur die 24 Landeskirchen sein. Sie müssen jetzt entscheiden, ob sie an den überkomplexen Kooperationsstrukturen festhalten oder das neue Modell wagen wollen,

das die erreichten theologischen Konsense endlich auch in den Institutionen erkennbar macht.

Reformweg bis 1. 1. 2006

Ich habe einen Reformweg vorgeschlagen, der bis zum 1.1.2006 die neue Struktur für die Zusammenarbeit aller 24 Landeskirchen schaffen kann. Dann braucht es nur noch einen einzigen überregionalen Zusammenschluss zu geben: Die Evangelische Kirche in Deutschland, entscheidungskräftig und als Kirche profiliert und zugleich in ihrer inneren Struktur flexibel differenzierbar, soweit dies die Bekenntnisbindung der Landeskirchen oder deren unterschiedliche Sacherwartungen erfordern.

Die Diskussion in diese Richtung hat in den letzten Wochen erfreulichen Schwung gewonnen. Hoffentlich macht der so gern zitierte abstrakte Programmsatz „*ecclesia semper reformanda*“ auch Mut zu konkreten Entscheidungen.

Mein Diskussionspapier „Reform ist nötig – Reform ist möglich“ vom Januar 2002 ist veröffentlicht in der epd-Dokumentation Nr. 6a vom 4. 2. 2002. ■

Anm.:

Dr. Eckhart v. Vietinghoff ist Präsident des Landeskirchenamtes der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Thüringen

Einladung

3. Juni 2002 um 18.00 Uhr im Hotel Berghof, Eisenach

„Staat und Kirche unter dem Grundgesetz“

Dr. Hans-Joachim Jentsch, Richter am Bundesverfassungsgericht

Liebe Leserin, lieber Leser,

kaum ist der Festakt zum 50. jährigen Jubiläum des EAK in Siegen inhaltlich verarbeitet, eröffnet sich für den Evangelischen Arbeitskreis bereits der nächste Veranstaltungshöhepunkt in diesem Jahr. Ich spreche von unserer 39. Bundestagung!

Sie findet in **Würzburg vom 10. – 11. Mai** statt. Das Leitmotiv lautet: „**50 Jahre EAK – Gerechtigkeit gestalten.**“ Wir haben für Sie ein intensives und hochkarätiges Programm zusammengestellt. Dies ist unser Anspruch! Wir wollen deutlich zeigen, dass wir das **Wahlkampfjahr** nicht nur aktiv thematisch begleiten, sondern auch entsprechend inhaltlich gestalten.

Unsere Bundestagung findet seit vielen Jahren erstmalig wieder in Bayern statt. Seit 1953 arbeiten der EAK der CDU und der der CSU intensiv zusammen. Dies hat sich über die Jahrzehnte bewährt. Der **Ehrenvorsitzende des EAK der CSU, Dr. Werner Dollinger**, hat viele Jahre im Bundesvorstand diese enge Verbindung in seiner Gestalt personifiziert. Mit dem **Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Dr. Ingo Friedrich**, der auch stellvertretender Parteivorsitzender der CSU ist, steht dem EAK heute in Bayern ein hochrangiger Vertreter der bayerischen evangelischen Christen vor.

Gerade in diesem **Wahljahr** ist es von großer Bedeutung, dass wir uns zu einer Bundestagung in Bayern treffen. Nach 1980 steht das erste Mal wieder ein bayerischer Ministerpräsident als Kanzlerkandidat der CDU/CSU zur Verfügung.

Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, den **Ministerpräsidenten Bayerns, Dr. Edmund Stoiber**, für unsere Bundestagung zu gewinnen. Er wird zum Thema: „Gerechtigkeit als politische Herausforderung“ sprechen. Neben dem Kanzlerkandidaten kommen an diesen beiden Maitagen

zahlreiche hochrangige Vertreter von Kirche und Politik zu Wort, die sich des Begriffs „Gerechtigkeit“ in seinen verschiedenen Facetten annehmen werden. Der EAK möchte sich hier wiederum als Forum erweisen, das eine thematische Auseinandersetzung zulässt.

Das **Thema der Gerechtigkeit** hat für uns Protestanten gerade hinsichtlich des Begriffs der „Glaubensgerechtigkeit“ einen besonderen Klang. Gott gegenüber wissen wir: „Er macht uns gerecht“. Diese Entdeckung der passiven Gerechtigkeit war Luthers bedeutendes Turmerlebnis, das uns bis heute prägt.

Doch um Gerechtigkeit zwischen den Menschen hier auf Erden herzustellen, bedarf es des aktiven Handelns. Und hier stellen sich für uns viele Fragen. Zum Beispiel, ob den **Familien** die Aufmerksamkeit geschenkt und die Unterstützung zuteil wird, die sie benötigen und die sie verdienen? Oder, ob unser **Gesundheitswesen** heute noch wirklich gerecht ist, ob bald Gesundheit, oder ob bald gute Ärzte, sowie eine intensive Pflege nur noch für Wohlhabende erschwinglich sind? Nicht zuletzt wird zu bedenken sein, ob unser Bildungssystem noch gerechte Startchancen für Jugendliche bietet? Schließlich müssen wir uns fragen, ob wir nicht endlich unser Steuersystem so verändern müssen, dass wieder Gerechtigkeit und Ausgleich hergestellt werden können? Auch das Thema der Zuwanderung muss zum Gegenstand werden dürfen, und wir müssen uns gerade als Christen mit diesen Fragen sehr sorgsam auseinandersetzen. Als Christen, die in Politik und Kirche Verantwortung tragen, wollen wir diese Themen in Würzburg intensiv und ausführlich diskutieren.

Und dies ist umso wichtiger als uns diese Themen schon jetzt, aber spätestens in naher Zukunft existentiell berühren werden. Dies gilt nicht zuletzt auch für das **Bildungssystem**, das in den letzten Monaten zu Recht in die Schlagzeilen gekommen ist. Wenn unser Land in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben will,

dann müssen wir mehr als bisher Möglichkeiten zur Verfügung haben, um dies zu gewährleisten.



Gerade angesichts der politischen Situationen im manchen Bundesländern wird kirchlichen Bildungseinrichtungen wieder vermehrt Bedeutung zukommen. Dies muss vor allem für das SPD-PDS regierte Berlin gelten.

Obwohl es gut ist, dass die staatlichen Schulen sich in Konkurrenz mit freien Anbietern befinden, muss diese Situation dazu führen, dass diese Bildungswettbewerbssituation auch zu einem wirklichen Wettbewerb führt. Sollten einige Bundesländer nicht die Qualität ihrer Einrichtungen steigern können, werden sie auf Dauer an Bedeutung verlieren. Dies darf meines Erachtens aber nicht der Fall sein. Auch einkommensschwächere Familien haben ein Recht darauf, Ihren Kindern eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Den **Schulen in freier Trägerschaft** das Geld zu entziehen, ist jedenfalls eine bildungspolitische Fehlentscheidung. In Berlin fallen mehr als in anderen Bundesländern täglich erschreckend falsche Entscheidungen: Nicht nur für Christen ein Fiasko!

Wir brauchen daher in ganz Deutschland wache und aktive Menschen, die sich im evangelischen Sinne im EAK engagieren. Wir tun gut daran, wenn wir uns den Fragen der Zeit stellen. Der Evangelische Arbeitskreis wird hierzu seinen Beitrag leisten.

Ihr

Jochen Borchert, MdB
Bundesvorsitzender des EAK

Zum Konflikt zwischen dem Islam und dem „Westen“

Walter Schmithals

Nach dem Anschlag vom 11.9.2001 auf das World Trade Center in New York hat man allenthalben gehört, dieser habe nichts mit dem Islam zu tun; deshalb spricht man stereotyp vom 'internationalen Terrorismus', den es zu bekämpfen gilt. Solch ein beschwichtigendes Dementi ist im Rahmen des politischen Kalküls wohlbe-gründet. Es verschleiert aber, wie Sal-man Rushdie schrieb, „leider den Ernst der Lage“ (FAZ, 5. 11. 2001, 45).

Nun hat der Islam viele Gesichter, und es wäre absurd, die Moslems für den Terrorismus verantwortlich zu machen, wenn auch der offene oder klammheimliche Beifall für den Anschlag in New York in weiten Teilen der islami-schen Welt nach wie vor unüberhörbar ist. Aber es gibt zweifellos bestimmte und spezifische Grundelemente des Is-lams, die zu der Frage nötigen, ob der Islam nicht eine wie auch immer näher zu bestimmende Affinität zu den At-tentaten hat, die den Attentätern ein gewisses Recht oder doch die Möglich-keit gibt, sich auf den Islam zu berufen. Ich gehe dieser Frage an fünf Punkten nach, und zwar so, dass ich die Anfän-ge des Islam mit den Anfängen des Christentums vergleiche, weil solche Anfänge zugleich gewisse Fundamente bloßlegen.

Unterschiedliche Gründungssituation

1. Zu den Anfängen des Christentums gehört neben der leidvollen Kreuzigung des ohnmächtigen Jesus eine **jahrhun-dertelange Verfolgungszeit**. Das Blut der um ihres Glaubens willen Getöteten war der Same der Kirche, wie der Kir-chenvater Tertullian schon inmitten der Verfolgungszeit feststellte. Die Mah-nung der Bergpredigt, dem, der jemand auf die eine Backe schlägt, auch die an-

dere hinzuhalten, stammt aus dieser Zeit und war in den Jahrhunder-ten der Verfol-gung ein kluger Rat. Die Christen waren ohne Macht; jeder Wi-derstand hätte die Verfolger nur gereizt. Und wenn sie auch der römischen Obrig-keit das Recht zu militärischer Macht zugestan-den, so konnten die Christen sich daran doch nicht beteiligen, weil sie sonst am Kai-serkult teilneh-men und dem Kaiser göttliche Ehre hätten er-weisen müssen. Das Neue Testa-ment bezeugt durchgehend diesen christlichen Anfang unbedingter Gewaltlo-sigkeit und Lei-densbereitschaft.

Das Gründungsdatum des Islam ist da-gegen die militärische Eroberung Mek-kas durch Mohammed im Jahre 630. Die Ausbreitung des Islams geschah durch das Heer der Araber und ihrer Hilfsvölker. Generäle waren die Missio-nare. In weniger als einem Jahrhundert hatten die Muslime eine Region von Persien bis nach Spanien mit Waffengewalt erobert. Christen und Juden wurde jede Mission untersagt, aber als **Vorläuferreligionen des Islam** wurden sie im allgemeinen gegen **Zahlung ei-ner Kopfsteuer** geduldet, alle anderen

Bewohner der eroberten Länder aber, den Vorschriften des Koran entspre-chend, zwangsbekehrt oder getötet; denn der Krieg gegen das Böse war – und ist nach wie vor – ein von Gott ge-botener Krieg.

Es lässt sich leicht zeigen, dass weder die christliche noch die islamische Geschich-



Das christliche Verständnis vom Märtyrertum unterscheidet sich von dem in islamistischen Kreisen ausgebildeten.

te mit diesen Anfängen stets deckungs-gleich geblieben ist. Aber ebenso lässt sich zeigen, dass sich in kritischer Situa-tion diese gegensätzlichen Anfänge im-mer wieder als tragendes Fundament erwiesen haben und erweisen.

Christliche Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Glaubensgemein-schaft – islamischer Gottesstaat

2. In der beschriebenen Situation war für das Christentum von Anfang an die Unterscheidung der religiösen und der

politischen Dimension unzweifelhaft. Der Satz: 'Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist' gehört zu den fundamentalen und wirkungsvollsten Aussagen des Neuen Testaments. Die Formulierung des Rechts und die Ausübung von Gewalt liegt demzufolge nach ursprünglicher christlicher Überzeugung im verantwortlichen Ermessen des Staates. Auch wenn man fragen kann, ob im Fortgang der Geschichte die Gestaltung des Verhältnisses von Kaiser und Papst bzw. Thron und Altar immer diesem Grundsatz, den Ranke das bedeutungsvollste Wort Jesu genannt hat, entsprochen hat, liegt er dennoch der abendländischen Kultur durchgehend zugrunde. Er konnte im Christentum schon deshalb nicht dauerhaft verloren gehen, weil er in der Gotteslehre verankert ist. Die in der Trinitätslehre begegnende Unterscheidung von Vater und Sohn bedeutet die **Unterscheidung von Schöpfung und Erlösung, von Gottes Weltregiment und seiner Heilsbotschaft, von Gesellschaft und Glaubensgemeinschaft.**

Der Islam hat die Trinitätslehre von Anfang an scharf bekämpft. Ihm ist die Unterscheidung von Gesellschaft und Glaubensgemeinschaft unbekannt; er kennt keine 'Kirche'. **Der Staat ist vielmehr ein Gottesstaat**, das Recht eine unwandelbare, dem geschichtlichen Wandel nicht unterworfenen und darum nicht jeweils am Wohl der Schöpfung zu orientierende göttliche Setzung; was der entsprechende Begriff 'Scharia' bezeichnet, weiß heute jeder, und das Problem des Schächtens verweist auf ein entsprechendes Exempel. Islamische Kämpfer sind, greifen sie im Namen Allahs zu den Waffen, immer Gotteskrieger. Der Koran offenbart in einem die ewige und die zeitliche Ordnung. Ein säkularer Staat ist der politischen Kultur des Islams wesensfremd, und dies Urteil wird von jedem Blick in die islamische Welt der Gegenwart bestätigt, womit auch zusammenhängt, dass der Islam für die moslemische Minderheit in westlichen Ländern keine Ordnung vorsieht und vermutlich auch nicht vorsehen kann und konsequente Moslems darum beanspruchen, einen Staat im Staate bilden zu müssen.

Freie Wahl des Glaubens – Geburt

3. Der 3. Punkt nennt den für den gegenwärtigen Konflikt möglicherweise gewichtigsten Unterschied. Die Wahl des christlichen Glaubens, die **Entscheidung zur Taufe**, war von Anfang an eine **freie Wahl**, die in den ersten Jahrhunderten sogar im Gegensatz zur staatlichen Rechtsordnung vollzogen werden musste. Ein Satz im Evangelium wie 'Wer nicht hasst Vater, Mutter, Frau, Kinder ... , der kann nicht mein Jünger sein', ist extremer Ausdruck dieser Situation. Diese Grunderfahrung der Freiheit des Einzelnen, mit der die Ausbildung des Gewissensbegriffs im Neuen Testament verbunden ist, bestimmt in der Gestalt der demokratischen Verfassung und der allgemeinen Menschenrechte das Abendland auch dort, wo es die christlichen Wurzeln abgeschnitten hat, weshalb sich ja auch der islamistische Terror nicht gegen das Christentum, sondern gegen 'den Westen', also gegen das liberale abendländische Denken als solches richtet.

Für den Islam entscheidet sich dagegen der Moslem nicht in freier Wahl. **Als Moslem wird man – wie als Jude – geboren**, und diese Geburt verleiht einen unverlierbaren Charakter. Man kann aus dem Islam nicht 'austreten'. Auch der ungläubige Moslem bleibt ein Moslem, und auf Abfall vom Islam steht die Todesstrafe, wie in unseren Tagen der Fall von Salman Rushdie exemplarisch zeigt. Eine freiheitlich-demokratische Verfassung, Religionsfreiheit, Gewissensfreiheit – dem Koran ist der Begriff 'Gewissen' fremd – und die Einräumung allgemeiner Menschenrechte sind in diesem System nicht vorgesehen. Der freiheitliche Westen und seine Demokratie sind insofern ein unversöhnlicher Widerpart und eine latente Bedrohung des eigentlichen islamischen Wesens. Während sich die asiatischen Kulturen den 'Westen' in vielfältiger Weise anverwandeln können, erscheint solche Entwicklung für den Islam – ich nenne das Stichwort Euro-Islam – kaum vorstellbar.

Wahrheit des Glaubens – Wahrheit des Koran

4. Im Zusammenhang mit dem zuletzt Gesagten steht die Beobachtung, dass

die Wahrheit des Glaubens für das Christentum von Beginn an keine 'allgemeine', also keine objektive, jedem Gutwilligen einsichtige Wahrheit ist. Sie ist eine Möglichkeit, das Dasein zu verstehen und zu gestalten, und ist wahr nur dort, wo sie ergriffen wird, und nur für den, der sie ergreift. Insofern muss sie, wie Paulus sagt, der antiken Philosophie, die nach allgemeinen Wahrheiten fragte, als Torheit erscheinen.

Im Islam fallen dagegen Offenbarung und Vernunft zusammen. Der Koran enthält die Wahrheit an sich. Die Überlieferung kann also auch nicht geschichtlich gesehen werden, eine Aufklärung, auf die manche wohlwollende westliche Beobachter auch im Islam hoffen, kann nicht stattfinden.

Märtyrerverständnis

5. Ich erwähne auch den im gegenwärtigen Konflikt akut gewordenen Begriff des Märtyrers. Märtyrer ist im frühen Christentum, wer auch angesichts der Todesdrohung seinem Bekenntnis treu bleibt – das griechische Wort *martyrein* bedeutet 'Zeugnis ablegen' – und diese Treue ggf. mit dem Tod bezahlt. Der christliche Märtyrer leidet; dass er anderen Leid zufügen könnte, schließt der Stand des Märtyrers aus.

Im Islam ist Märtyrer, wer im Kampf gegen das Böse oder gegen die Ungläubigen den Tod findet, wobei die Islamisten auch und nicht zuletzt Selbstmordattentätern den Rang eines Märtyrers zuerkennen.

Soziale Stellung der Frau

6. Beiläufig – gleichsam als Anhang – verweise ich auf die soziale Stellung der Frau. Diese ist als solche kein Thema im frühen Christentum, das die Frauen in der Regel in dem Stand beließ, den ihnen die hellenistische Kultur jeweils zuwies. Sie waren aber vollgültige Mitglieder der kultischen Gemeinde und zumindest im Heidenchristentum standen ihnen auch die aktiven kirchlichen Dienste offen. In Zeiten der Verfolgung, die in erster Linie die Hausväter traf, wurden die Frauen sogar zu den Stützen der Gemeinde, und diese Tatsache erklärt, dass zumal in den Evan-

gelen von ihnen mit besonderer Hochachtung gesprochen wird. Nicht ohne Grund gilt Lukas als 'Evangelist der Frauen'.

Demgegenüber wird im Koran mit göttlicher Autorität geregelt, welchen Stand und Rang die Frau einzunehmen hat, und vielfältige Anschauung zeigt auch uns heute, welcherart diese unwandelbare Regelung ist.

Zwischenergebnis

Die in den ersten fünf Punkten genannten Eigenarten islamischen Denkens lassen keinen Zweifel daran, dass der **gegenwärtige Terror aus islamischen Wurzeln gespeist** wird, so wie der Terror der Roten Armee Fraktion, der Terror im Baskenland usw. je seine spezifischen Wurzeln hat. Damit ist natürlich der konkrete Terroranschlag in New York nicht erklärt; denn es wäre abwegig, darin einen notwendigen Ausfluss des Islam zu erkennen und insoweit den Islam selbst für terroristisch zu halten.

Über den konkreten Anlass und Grund bzw. die Gründe des islamistischen Terrors werden bekanntlich viele Erwägungen angestellt. Gerne weist man auf den **Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern** hin. Israel ist zweifellos ein überaus schmerzlich empfundener Stachel im Fleisch der ganzen islamischen Welt, und der Palästina-Konflikt stachelt insofern den globalen Konflikt an. Aber er ist nicht die Ursache des aufgeflamnten Terrors, sondern nur ein **verstärkender Faktor**. Das gleiche gilt m. E. für die amerikanische Präsenz in Saudi-Arabien, auch wenn die Tatsache, dass nur 'der Westen' den Konflikt zwischen dem Irak und Kuwait, also zwei islamischen Staaten, bereinigen konnte, die islamische Welt demütigen musste und noch ständig demütigt. Ganz unzutreffend erscheint mir der Hinweis auf die wachsende Armut in islamischen Ländern und auf die Perspektivlosigkeit der islamischen Jugend. Der Terror wird von intelligenten und wohlhabenden Moslems geplant – Bin Laden ist ein Kapitalist reinen Wassers –, wenn diese sich auch zu seiner Durchführung gerne indoktrinierter und fanatisierter Jugendlicher bedie-

nen. Es ist deshalb eine Illusion, den islamistischen Terror durch eine so genannte 'soziale Gerechtigkeit' bekämpfen zu wollen. Geradezu albern dünkt mich die Behauptung von Antje Vollmer (FAZ vom 2. 3. 2002), wir hätten es mit einem **innerislamischen Kulturkampf** zu tun, weil die Terroristen von New York mit ihrem Anschlag in Wahrheit der „verwestlichten Dekadenz des Saudi-Clans“ den Kampf angesagt hätten, was unter anderem mit der komischen Behauptung begründet wird, die Terroristen litten unter einem Trauma, weil die heiligen Stätte Mekka und Medina durch 'Fremde' besetzt seien. Es dünkt mich ideologisch verblendet und überaus gefährlich zu sein, die Bekämpfung des islamistischen Terrors nicht dem bekämpften Westen, sondern den islamischen Staaten abzuverlangen.

Trotzreaktion gegen die „Überlegenheit des Westens“

Die konkrete Ursache des islamistischen Terrors erkenne ich demgegenüber in einer spezifischen Trotzreaktion. 'Trotz' ist eine Waffe, mit der sich der Schwache gegen den Starken zur Wehr setzt, wie wir bei allen kindlichen Trotzköpfen und an den Trotzphasen der Heranwachsenden beobachten können, wenn, wie wir zu sagen pflegen, die Eltern oder Erzieher von den Kindern terrorisiert werden. Jenseits der kindlichen Entwicklungsphasen kann solcher Trotz zu Hass eskalieren und Ausmaße annehmen, wie wir sie im Blick auf den 11.9. fassungslos zur Kenntnis nehmen. Dabei ist zu beobachten, dass der Trotz dann besonders brisant wird, wenn der Unterlegene mit seinem Trotz das Bewusstsein seiner moralischen Überlegenheit verbindet. So verdankt sich der Aufstieg Hitlers nicht zuletzt der Trotzreaktion einer Nation, die sich durch den Vertrag von Versailles zu Unrecht gedemütigt fühlte. So haben die Terroristen der Roten Armee Fraktion im Stand der eigenen Unschuld gegen die schuldige Vätergeneration getrotzt. So ist es wohl auch bei Vielen, die ihre Stimme trotz der PDS geben, weil sie sich einerseits als solche empfinden, denen Unrecht geschehen ist, und weil sie sich andererseits durch ihre Ideale von

Gerechtigkeit und Frieden über den kalten Kapitalismus der 'Wessis' erhöht wissen.

Analoges beobachten wir, wenn wir uns den Konflikt zwischen dem Westen und der islamischen Welt vor Augen stellen. Die Überlegenheit des Westens ist ein Produkt der Neuzeit. Seit dem Fall Konstantinopels im Jahre 1453 welkte die bewundernswerte Blüte des Islam, die ja weithin in der byzantinischen Kultur wurzelte, und seit rund 200 Jahren ist die technische, die wirtschaftliche, die wissenschaftliche, die militärische, die strategische, die politische und – auch abgesehen von der Kulturbarbarei der Taliban – selbst die kulturelle Überlegenheit des Westens stetig angewachsen, und sie hat heute ein überwältigendes Gewicht. Die islamische Welt wirkt in ihrer Lebensweise und in ihrer weitgehend musealen Kultur wie ein versteinertes Fossil neben einer dynamischen Lebenswelt; alles Technisch-Moderne in den islamischen Ländern ist Import aus dem Westen. Zumal die politischen und geistigen Eliten in den islamischen Ländern müssen diesen Zustand als beständige Demütigung empfinden, und sie haben diese Empfindung. Noch vor 300 Jahren stand der Islam vor dem Zentrum Europas, und auch der spärlich gebildete Moslem unserer Tage hat Grund, auf die große islamische Kultur des Mittelalters mit Stolz zurückzublicken, die, auf byzantinischem Boden wurzelnd, in vieler Hinsicht das lateinische Abendland in den Schatten stellte.

Heute aber hat man der Übermacht des Westens nur noch eines entgegenzusetzen, nämlich das **Bewusstsein der moralischen Überlegenheit** über das dekadente, materialistische, liberale, permissive, großenwahnsinnige und gottlose Reich des Satans, das sich in den Vereinigten Staaten von Amerika manifestiert und symbolisiert. Und dieses Bewusstsein wurzelt in der Überzeugung, dass im Islam die Wahrheit vollgültig und endgültig offenbart ist, so dass trotz allem, was dagegen zu sprechen scheint, der Lauf der Geschichte die islamische Gesellschaft ins Recht setzen wird und darum der **Niedergang der westlichen Welt** unvermeidlich ist.

Solche Überzeugung verhindert, dass man selbstkritisch das eigene Urteil in Frage stellt bzw. stellen kann. Überzeugt von der grundlegenden eigenen Überlegenheit, sieht man sich in der faktischen Unterlegenheit als Opfer böser Mächtschaften. Die negativen geschichtlichen Erfahrungen führt man auf eine satanische Verschwörung zurück. So ist man in der islamischen Welt weithin davon überzeugt, dass der Terroranschlag vom 11. September von westlichen Mächten selbst inszeniert worden sei, um den Islam bekämpfen zu können, wie man auch Aids damit erklären kann, dass israelische Frauen mit Bedacht moslemische Männer verführen und anstecken. Je mehr man sich real zurückgesetzt sieht, um so mehr forciert man auf solche Weise das Bewusstsein idealer Überlegenheit und eröffnet damit die trotzigste Möglichkeit, auch durch Terror zu Fall zu bringen, was doch fallen muss und wird.

„Feldzug gegen das total Böse“

Aus einer ausweglosen Lage, in der man sich vom intriganten Westen bedrängt sieht, erwächst also der kollektive Trotz, der in seiner extremsten Form im maßlosen Terror zum Ausbruch kommt: Das Böse ist zu bekämpfen, die Ungläubigen sind zu vernichten, und der **‘Westen’ ist die Inkarnation des Bösen und des Unglaubens**. Von manchen Seiten im Westen wird heute versucht, diesen Terror unter die Kategorie ‘Verbrechen’ zu stellen. Man müsse ihn, wie andere Verbrechen, verfolgen und die Täter bestrafen. Damit wäre dann das Problem ausgestanden. Diese abwiegelnde Sicht ist aus westlicher Optik erwachsen und verkennt die Realität. Der Ausbruch des Terrors, den wir erleben, versteht sich nicht als Verbrechen, sondern als Schlacht im Feldzug gegen das total Böse, also als die Eröffnung eines heiligen Krieges, und wenn dieser Krieg auch nicht im Namen des Islam geführt werden kann, so wissen sich seine Strategen doch nicht ohne jedes Recht in Übereinstimmung mit fundamentalen islamischen Prinzipien, wie sie in den einleitenden fünf Punkten angesprochen wurden. Deswegen scheint mir auch der Ratschlag blauäugig zu sein, man müsse mehr die Ursachen des Terrorismus beseitigen



Jesus und Mohammed reiten auf Esel und Kamel zum jüngsten Gericht. Aus Raschid 'o Dins Universalgeschichte, 1307, Universitätsbibliothek Edinburgh

als diesen selbst bekämpfen; denn das hieße, den Islam beseitigen wollen, auf den die Islamisten sich berufen.

Konflikt zwischen Islam und dem Westen

Ist das Gesagte einigermaßen zutreffend, stellt sich die Frage, wohin wir gehen. Der Ost-West Konflikt hat das 20. Jahrhundert beherrscht. Er ist in diesem Jahrhundert aufgebrochen und hat in diesem Jahrhundert auch sein Ende gefunden. In die künftige Geschichtsschreibung wird er eher als Episode denn als Epoche eingehen. Es sieht heute nicht so aus, dass man dieses Urteil auch einmal vom Konflikt zwischen dem Islam und dem Westen wird sagen können. Dass der Westen seine breit gefächerte Überlegenheit einbüßen oder von sich aus preisgeben könnte, steht im Rahmen eines einigermaßen gängigen Geschichtsverlaufs nicht zu erwarten. Damit, dass die islamische Welt zur westlichen Lebensweise übergehen, Politik und Religion trennen und eine Aufklärung dulden, der Islam sich also selbst preisgeben könnte, ist trotz des Beispiels der modernen Türkei, die sich nur mit Mühe der Re-Islamisierung erwehren kann, gleichfalls nicht zu rechnen; selbst

eine geschichtliche Auslegung des Korans, durch die einzelne Moslems eine Brücke zur westlichen Kultur zu schlagen versuchen, wird nicht geduldet und mit dem Tode bedroht. Und dass man den Trotz, aus dem der Terror erwächst, brechen könnte, wie man den unreifen kindlichen Trotz durch Zureden, Ablenkung, Geduld oder Überzeugung zu brechen pflegt, ist nicht zu erwarten; denn es ist der Trotz reifer Menschen, und er erwächst aus einer psychisch nicht zu beeinflussenden, objektiv gegebenen und, wie es scheint, unwandelbaren geschichtlichen und geistesgeschichtlichen Situation. Ich halte darum die Rede vom Kampf der Kulturen insofern für nicht unbegründet.

Die zum Terror entschlossenen Islamisten werden von Zeit zu Zeit das nötige Geld, genügend opferwillige Kämpfer und geeignete Quartiere in den islamischen Staaten finden. Ihre Waffen brauchen sie nicht selbst zu entwickeln; sie entnehmen sie dem Areal der westlichen Technik. Und damit dürften wir vor dem eigentlichen Zukunftsproblem dieses Konflikts stehen. Die Mächte, die über chemische, biologische oder atomare Massenvernichtungsmittel verfügen, haben diese bisher nicht eingesetzt, weil sie keinen Selbstmord begehen wollten. So haben diese Waffen uns paradoxerweise davor bewahrt, dass der kalte Krieg zwischen Ost und West zu einem heißen wurde.

Keine zeitliche Begrenzung des islamistischen Terrors in der Zukunft absehbar

Diese Angst beherrscht die dem Martyrium entgegengehenden islamistischen Terroristen nicht. Sie werden

früher oder später aber den Umgang mit Massenvernichtungsmitteln beherrschen, mit denen sie kämpfen, aber nicht bekämpft werden können. Und dass sie kämpfen wollen, sagen sie selbst und erfahren wir aus Palästina täglich. In dieser Situation stehen wir heute, und die Perspektiven, die sich dabei auftun, sind nicht eben erfreulich. Jedenfalls wäre es ein Irrtum anzunehmen, dass mit einem Erfolg gegen Bin Laden und seine Soldaten der Feind besiegt sei. Der Abwehrkampf hat erst begonnen, und ich vermag aus heutiger Sicht nicht abzusehen, wie er und dass er jemals enden könnte, auch wenn der laute Kampfeslärm in Afghanistan inzwischen schweigt und humanitäre Hilfe und hoffentlich eine gedeihliche Ordnung an seine Stelle tritt. Er wird auf manchen, heute möglicherweise noch kaum oder gar nicht erschlossenen Feldern geführt werden. Natürlich ist kein klassischer Weltkrieg zu erwarten, wie er von manchen an die Wand gemalt wird. Wer sollte ihn führen? Islamische Staaten mögen die Terroristen decken und fördern, schwerlich aber selbst Terror ausüben. Bei einem klassischen Krieg ist stets ein Ende abzusehen. Für die Situation, aus der der islamistische Terror erwächst, lässt sich kein zeitliches Ende bestimmen. Der Terror möchte sogar über lange Zeiten ruhen; denn wir wissen von unseren Kindern, dass auch der Trotz sich in Phasen einstellt und lange ausbleiben kann, um plötzlich und unangekündigt mit Heftigkeit auszubrechen. Wie die Auseinandersetzung mit dem islamistischen Trotz ein Ende finden könnte, vermag ich jedenfalls nicht zu sagen, und dass sie ein friedliches Ende finden wird, wage ich nicht vorauszusagen. Zweierlei aber erscheint mir sicher. Erstens: Die Hauptlast des Kampfes und seine Führung liegen bis auf weiteres bei den Vereinigten Staaten von Amerika. Und zweitens: Keine verantwortungsvolle Regierung des Westens kann sich der Beteiligung an diesem Kampf entziehen, welche Waffen auch immer sie einzusetzen gewillt ist.

Dass solche Solidarität auch heute nicht bedingungslos sein kann, ist klar; schon die Rede von uneinge-

schränkter Solidarität höre ich nicht gerne, und gegen Präventivschläge kann man begründete Einwände erheben. Und wer diese Solidarität nur zähneknirschend gewährt, hat zwar nicht meinen Beifall, wohl aber mein Verständnis. Verweigern aber kann sie nur, wer keinen Wert darin sieht,

den 'Westen' und damit auch sich selbst und die Wurzeln der abendländischen Kultur zu verteidigen. ■

Anm.:

Prof. Dr. Walter Schmithals,
Theologische Fakultät
Humboldt Universität Berlin

Beschäftigung auch für Geringqualifizierte

Mehr Chancen mit dem Baden-Württembergischen Einstiegsgehalt

Dr. Christoph-E. Palmer

Bei der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitsplätzen hinkt Deutschland seit Jahren vielen Industrieländern hinterher. Insbesondere im Vergleich zu den Niederlanden, der Schweiz und Österreich, aber auch zu Schweden und Großbritannien ist die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt ausgesprochen unbefriedigend. Klar ist, einen Königsweg, der sämtliche Probleme sofort und ohne Nebenwirkungen beseitigt, gibt es nicht. Das Ziel „Vollbeschäftigung“ kann nicht mit einzelnen wenigen Maßnahmen erreicht werden; hierzu ist vielmehr ein ganzes, abgestimmtes Maßnahmenbündel notwendig.

Ausgehend vom dringlichsten Problem auf dem deutschen Arbeitsmarkt konzentrieren sich die folgenden Ausführungen auf eine Verbesserung der Situation der gering qualifizierten Arbeitnehmer bzw. der Langzeitarbeitslosen.

Verfestigung der strukturellen Arbeitslosigkeit

Der Arbeitsmarkt ist in Deutschland von einer über alle Konjunkturzyklen hinweg zunehmend hohen **strukturell verfestigten Arbeitslosigkeit** geprägt. Während die Arbeitslosenquote z. B. in den Vereinigten Staaten von Amerika in den vergange-



„Das Ziel 'Vollbeschäftigung' kann nicht mit einzelnen wenigen Maßnahmen erreicht werden; hierzu ist vielmehr ein ganzes, abgestimmtes Maßnahmenbündel notwendig.“

nen dreißig Jahren nach jeder Rezession stets wieder auf einen Wert in der Größenordnung von etwa 5 % bis 6 % zurückkehrte, erreichte die Arbeitslosigkeit in Deutschland nach einer rezessiven Phase nie wieder das vorherige Niveau, sondern bewegte sich gleichsam stufenweise von unter 2 % über 3 % auf 6 % und schließlich 9 % immer weiter nach oben. Mit dieser Entwicklung ging eine kontinuierliche **Zunahme des Anteils der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen**

einher; nach Berechnungen der OECD hat der Anteil der Langzeitarbeitslosen in Deutschland nunmehr 52 % erreicht, während in den Vereinigten Staaten dieser Wert fast gleichbleibend bei 6 % liegt. Ohne grundlegende Reformen des deutschen Arbeitsmarktes wird der Sockel der Arbeitslosigkeit immer weiter ansteigen und vor allem die Geringqualifizierten zu Verlierern der wirtschaftlichen Entwicklung machen.

Weniger Arbeitsplätze für Geringqualifizierte

Die Problemlage ist im Wesentlichen durch zwei Aspekte gekennzeichnet: Zum einen gibt es zu wenig Arbeitsplätze im Bereich gering qualifizierter Arbeit, zum anderen schafft die Ausgestaltung des sogenannten Niedriglohnssektors kaum Anreize für Langzeitarbeitslose zur Arbeitsaufnahme. Als Ergebnis dieser Fehlentwicklung verzeichnet die Arbeitslosenstatistik für Westdeutschland im Jahr 2000 einen 46prozentigen Anteil von Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, während sich der entsprechende Anteil bei den Erwerbstätigen auf 24 % beläuft; bei den Langzeitarbeitslosen liegt der Anteil der Ungelernten sogar bei fast 50 %. Die Arbeitsmarktchancen für Ungelernte sind in Deutschland ganz besonders schlecht.

Der Arbeitsplatzabbau im Bereich gering qualifizierter Arbeit war in den vergangenen Jahren dramatisch. Im Zeitraum von 1980 bis 1999 reduzierte sich die Anzahl der Arbeitsplätze in Westdeutschland für un- ausgebildete Arbeitskräfte um 18 %, während gleichzeitig die Zahl der Arbeitsplätze für ausgebildete Beschäftigte um 18 % zunahm; der Anteil Unausgebildeter an allen Beschäftigten ging damit von 32 % auf 25 % zurück. Hauptursachen für diese Verschiebung waren der arbeitssparende technische Fortschritt, der insbesondere gering qualifizierte Arbeit freisetzt, sowie eine immer größere Bedeutung der Sektoren, in denen hochqualifizierte Fachkräfte einge-

setzt werden. Die zunehmende Internationalisierung der Märkte erfordert nämlich eine weltweite Arbeitsteilung in der Weise, dass hochentwickelte Volkswirtschaften – wie die Bundesrepublik Deutschland – sich auf die Produktion und den Export hochwertiger Güter konzentrieren, um so als Hochlohnland im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Aktivierung des Niedriglohnssektors

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor erfordert in erster Linie Arbeitskosten (Lohn- und Lohnnebenkosten), die mit niedrigen Produktivitäten vereinbar sind. Arbeitgeber schaffen Arbeitsplätze nur, wenn diese auf Sicht als „rentierlich“ eingeschätzt werden. Dazu können eine **marktgerechte Lohndifferenzierung am unteren Rand der Lohnskala** sowie eine **Absenkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung** beitragen. Für die gering qualifizierten Arbeitnehmer besteht aber ein Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung im Niedriglohnsektor nur, wenn das erzielbare Einkommen im Vergleich zur sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit höher und vor allem existenzsichernd ist. Das Dilemma besteht darin, dass entweder eine derartige Entlohnung auf den in Frage kommenden Arbeitsplätzen schwerlich geboten werden kann, weil die erwirtschaftbare Produktivität diese teilweise erheblich unterschreitet, oder die erzielbaren Arbeitseinkommen das Niveau der Transferzahlungen nicht genügend übersteigen, um Anreize zur Arbeitsaufnahme zu bieten. Das zur Sozialhilfe zusätzlich verdiente Einkommen wird zudem faktisch mit einem sehr hohen Steuersatz - bis zu 100 % - belegt, da es auf die Sozialhilfe angerechnet wird.

Eine zielführende Strategie zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit speziell im Bereich gering qualifizierter Arbeit muss eine doppelte Stoßrichtung beinhalten. Zum einen müssen **neue, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze** in diesem Segment geschaffen werden, zum anderen muss

die Bereitschaft der Arbeitslosen erhöht werden, diese Beschäftigungsverhältnisse zu akzeptieren. Ein durch staatliche Transferleistungen aufgestocktes „**Kombi-Einkommen**“, wie es das baden-württembergische Einstiegsgeld darstellt, kann für gering qualifizierte Arbeitnehmer diese Anreize schaffen und gleichzeitig eine Entlohnung entsprechend ihrer geringeren Produktivität ermöglichen.

Einstiegsgeld Baden-Württemberg

Ziel des baden-württembergischen Einstiegsgeldes ist, die Motivation zu erhöhen, auch im Niedriglohnbereich Arbeit aufzunehmen, und trotzdem ein Einkommen über dem Sozialhilfeniveau zu erzielen. Der Modellversuch „Einstiegsgeld in Baden-Württemberg“ wird seit Ende 1999 in insgesamt neun Stadt- und Landkreisen durchgeführt. Er besteht aus drei zentralen Bausteinen:

- Absenkung der Transferentzugsrate, also eine geringere Anrechnung von eigenem Erwerbseinkommen auf die Sozialhilfe (derzeit Anrechnung von 85 % bis 100 %);
- zeitliche Befristung der Förderung auf ein Jahr;
- Begrenzung der Förderung auf eine spezielle Zielgruppe (typischerweise langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger) zur Minimierung von Mitnahmeeffekten.

Dieser Modellversuch zum baden-württembergischen Einstiegsgeld war bundesweit der erste derartige Versuch zur Aktivierung des Niedriglohnssektors. Die Akzeptanz des Modells in den einzelnen Kreisen des Landes war recht unterschiedlich; die erfolgreiche Implementierung hängt entscheidend von der individuellen Beratung und Betreuung der betroffenen Langzeitarbeitslosen ab. Dazu müssen neben ergänzenden Qualifizierungsmaßnahmen auch Hilfestellungen kommen, die das soziale Umfeld der Transferempfänger berücksichtigen, wie zum Beispiel die Betreuung von Kindern.

Die Wirkungen des baden-württembergischen Einstiegsgeldes werden vom Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen, wissenschaftlich untersucht. Erste Zwischenergebnisse dieser Bilanz stimmen ausgesprochen zuversichtlich, auch wenn die Inanspruchnahme des Modells mit rund 670 Teilnehmern noch sehr beschränkt ist. Der wertvollste Beitrag dieses Modells besteht ohne Zweifel darin, **Langzeitarbeitslosen aktuelle Berufserfahrungen zu vermitteln**. Diese Art von „training on the job“ ist bei weitem effizienter als alle über Bildungsträger angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen, da sie ganz gezielt auf die im Berufsleben wesentlichen Anforderungen abstellen und so Qualifizierungen am Bedarf vorbei vermeiden.

Die Arbeitsaufnahme im Niedriglohnbereich ist der beste Weg, über eine Qualifizierung im Beruf die Produktivität des Arbeitnehmers soweit zu erhöhen, dass er nach einer gewissen Zeit ohne staatliche Transferleistungen über dem Sozialhilfeniveau entlohnt werden kann; das ist die zentrale Voraussetzung, um Geringqualifizierten längerfristige Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Die flächendeckende Einführung eines Kombi-Einkommens birgt allerdings auch Risiken und seine quantitativen Arbeitsmarktwirkungen sollten nicht überschätzt werden; die Kosten müssen begrenzt, eine Dauersubventionierung ausgeschlossen und Mitnahmeeffekte vermieden werden. Mit dem baden-württembergischen Einstiegsgeld wurde hier ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan; allerdings muss die Förderung im Niedriglohnbereich durch eine umfassende Reform des Arbeitsmarktes auf Bundesebene ergänzt werden. ■

Anm.:

Dr. Christoph-E. Palmer ist Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten des Landes Baden-Württemberg.

Die CSU im Herbst des Konfessionalismus

Manfred Kittel

Die Schwierigkeiten eines großen Teils der Protestanten, sich nach der Niederlage der evangelischen Hohenzollernmonarchie 1918 mit der ersten Demokratie auf deutschem Boden anzufreunden oder auch nur abzufinden, waren unter der protestantischen Minderheit in Bayern besonders ausgeprägt. Das „stolze Kraftbewusstsein“ des Katholizismus und seiner Parteien (Zentrum bzw. Bayerische Volkspartei), die neben der Sozialdemokratie den Aufbau der Weimarer Republik mit bestimmten, wurde vielfach als Bedrohung empfunden. Traditionelles konfessionalistisches und fränkisch-regionalistisches Denken verband sich derart mit verletzten „vaterländischen“ Gefühlen (Versailles), mit der Furcht vor „Gottlosenbewegung“ und bolschewistischer Revolution, dass die monarchisch-rückwärtsgewandte Deutschnationale Volkspartei – und unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise schließlich auch die NSDAP – zum parteipolitischen Zufluchtsort vieler Protestanten werden konnte.

Wie sich diese Entwicklungen im einzelnen vollzogen, versucht eine Studie des Historikers Manfred Kittel zu klären, die jetzt unter dem Titel **„Weimar“ im evangelischen Bayern. Politische Mentalität und Parteiwesen 1918–1933** bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 80333 München, Briennerstraße 41, erschienen ist. In einem Ausblick auf die Zeit nach 1945 beleuchtet der aus dem Wilhelm-Löhe-Ort Neuendettelsau stammende, am Münchner Institut für Zeitgeschichte forschende und als Privatdozent in Regensburg lehrende Historiker schließlich auch die Rolle der neugegründeten CSU im Parteiensystem der jungen Bundesrepublik Deutschland. Diesem Kapitel ist der hier abgedruckte Textauszug entnommen:

Bekennniskonflikte mit politischer Färbung wurden nach 1945 im kirchlich geprägten – und vor allem in seinen fränkischen Landesteilen gemischt konfessionellen – Bayern nach wie vor besonders heftig geführt; doch sie beschränkten sich keineswegs auf den weiß-blauen Freistaat.

Wie schon nach 1918 war die Ansicht, vor allem der Protestantismus habe den Weltkrieg verloren im evangelischen Deutschland weit verbreitet. Den niedersächsischen **Pastor Heinrich Albertz** veranlassten die Gründungsfeierlichkeiten der Bundesrepublik im September 1949 etwa zu der Bemerkung: „Das konfessionelle Gesicht Deutschlands hat sich in tragischer Weise verschoben“; Regierung, Parlament und Länderkammer, so meinte der protestantische Pfarrer, hätten eine katholische Mehrheit, das Pur-

pur der Kardinäle sei die dominierende Farbe der neuen Republik. **Martin Niemöller** formulierte gar in polemischer Zuspitzung, die Bundesrepublik sei „im Vatikan gezeugt und in Washington geboren“ worden.

Das konfessionelle Ressentiment, während der Weimarer Jahre vor allem im Lager der liberalen und konservativen Protestanten (partei) politisch virulent geworden, erfasste seit der Gründung eines deutschen Weststaates 1949 zunehmend den Linksprotestantismus, der jetzt aus einer eigentümlichen Verbindung von alten antikatholischen Aversionen und nationalen Emotionen, neuem Geschichtsmoralismus und teils spürbar antiamerikanisch gefärbtem National-Neutralismus als ernstzunehmende Kraft erst richtig entstand. Der stark vom bruderrätlichen Flügel der bekennenden Kir-

che her geprägte Linksprotestantismus war nicht nur für CDU-Bundeskanzler **Konrad Adenauer** ein höchst beunruhigendes Phänomen, sondern stellte auch den Erfolg des Unionsgedankens insgesamt in Frage, weil er bald in der Opposition gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und im – mehr oder weniger bedingungslosen, von Fehleinschätzungen der kommunistischen Gefahr nicht freien – Eintreten für die Wiedervereinigung Deutschlands ein mobilisierendes Thema fand. Das darin begründete Ausscheiden von Bundesinnenminister **Gustav Heinemann** aus dem Kabinett Adenauers 1950, sein Austritt aus der CDU im Herbst 1952 und die Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) ließen die Bundestagswahlen 1953 zu einer harten Bewährungsprobe für die Union werden; schließlich war Heinemann als Präses der – damals noch gesamtdeutschen – Synode eine der angesehensten Persönlichkeiten des Protestantismus und bestritt die neue GVP ihren Wahlkampf mit Parolen wie: „Keinen westdeutschen Kirchenstaat“, oder: „Nicht Rom, sondern Berlin“

Der Evangelische Arbeitskreis von CDU und CSU

Doch der CDU gelang es, mit der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) im März 1952, „einer schleichen- den protestantischen Sezession zu begegnen, nach außen hin den Einfluss des evangelischen Flügels innerhalb der CDU deutlich ins Blickfeld zu rücken und gleichzeitig eine Kampfgruppe gegen Niemöller und Heinemann zu etablieren“. Wenig später schlossen sich auch lokale evangelische Gesprächskreise in Ansbach und Nürnberg zu einer „**Evangelischen Arbeitsgemeinschaft in der CSU**“ bzw. dann zu einem bayerischen EAK zusammen. Die Wahl des CDU-EAK-Vorsitzenden und Oberkirchenrats, **Hermann Ehlers**, zum Bundestagspräsidenten sollte zudem der – im Blick auf die Zusammensetzung des ersten Bundeskabinetts durchaus zutreffenden – Behauptung entgegenwirken, die Protestanten wären an der Spitze der Republik nicht angemessen vertreten. Adenauer selbst, zwar entschieden katholisch, aber doch auch ganz und gar „unklerikal“ und ökumenisch eingestellt, hielt bei der Gründung des CDU-EAK eine Grund-

satzrede und mischte sich, wenn es sein musste, auch in bayerische Konfessionskonflikte ein, etwa als es bei der Einweihung einer Zuckerfabrik in Ochsenfurth, zwei Monate vor den Bundestagswahlen 1953, zu einem Eklat kam.

Der Skandal von Ochsenfurth

Der **katholische Bischof Julius Döpfner** hatte erst unmittelbar vor der Veranstaltung erfahren, dass ein evangelischer Kreisdekan im Talar zugegen sein und eine liturgische Handlung vornehmen sollte. Auf die Drohung des Bischofs hin, unter diesen prekären Umständen nicht an der Weihehandlung teilnehmen zu können, bleibt der lutherische Pfarrer dem Termin ganz fern. Evangelische Gäste allerdings überschütteten daraufhin den katholischen Kleriker mit Pfuirufen und Drohungen wie „Zieht ihn raus, schlägt ihn tot“. Der **lutherische Landesbischof Meiser**, vom Bundeskanzler angeschrieben, konnte sich „abgesehen von den Zeiten des Kirchenkampfes“ an kein Ereignis erinnern, „das eine so tief greifende Erregung, ja elementare Empörung in weitesten Kreisen“ der bayerischen Protestanten hervorgerufen hätte.

CSU-Sieg bei den Wahlen 1953

Zwar versuchte die FDP, aus dem Ochsenfurth Zwischenfall politisches Kapital zu schlagen, doch gelang es auf der anderen Seite dem EAK der CSU, unter bedeutungsschwerem Verweis auf diesen jüngsten konfessionellen Konflikt erheblich mehr Protestanten als Direkt- bzw. Listenkandidaten durchzusetzen als noch 1949. Der Wahlsieg der CSU, die sich von knapp dreißig Prozent 1949 bayernweit auf 47,8 % der Stimmen steigern konnte, resultierte deshalb nicht nur aus dem kräftigen Abschmelzen der Bayernpartei (von zwanzig auf sechseinhalb Prozent) in den südlichen Landesteilen, sondern auch vom Aufschwung der CSU in Oberfranken (plus 15,1 % auf 38,1 %) und vor allem in Mittelfranken (plus 17,2 % auf 41,2%). Auch außerhalb Bayerns konnte die Union – mit Adenauer und Erhard als Wahlkampfflokomotiven – im evangelischen Milieu so große Stimmengewinne verbuchen, dass CDU und CSU im Bundestag die Mehrheit der Mandate erreichten.

Machtverlust der CSU in Bayern 1954

Der nicht zuletzt den Erfolgen der Union im evangelischen Milieu geschuldete, sensationelle Wahlerfolg der Union 1953 schürte aber in der Folgezeit eher noch die konfessionellen Konflikte, da SPD wie FDP nach wie vor kalkulierten, durch Weckung evangelischer Ressentiments gegen die „katholische CDU“ verlorenen Boden wieder gutmachen zu können. Adenauer nahm in sein neues Kabinett jetzt zwar sogar mehr Protestanten als Katholiken auf und verwarhte sich etwa bei einer EAK-Tagung in Wuppertal 1954 mit Schärfe gegen alle Versuche, konfessionelle Keile in die CDU zu treiben – **der Zusammenschluss von Christen beider Bekenntnisse sei „ein Meilenstein in der Geschichte des deutschen Volkes“** –; doch in Bayern – wie im Bund – blieben Schlagworte wie „Gegenreformation“ und „Kulturkampf“ an der Tagesordnung. In Bayern führte das Festhalten der CSU an der konfessionellen Lehrerbildung dazu, dass der weit rechts stehende Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, die Bayernpartei und die FDP sich 1954 zu einer Viererkoalition mit der SPD zusammenfanden und die CSU aus der Regierungsverantwortung verdrängten. Im Bund sorgte Gustav Heinemann, der bei den Wahlen 1953 mit der linksprotestantischen GVP kläglich gescheitert war, durch seinen Übertritt zur SPD dafür, dass nun von dieser Seite schwere, konfessionalistisch grundierte Vorwürfe vor allem gegen Adenauers Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik erhoben wurden. Die evangelischen Staatsbürger, so ließ sich Heinemann anlässlich der Bundestagswahlen im September 1957 vernehmen, stünden in wachsendem Maße vor der Frage, was die „Katholisierung der CDU“ für sie bedeute. Und auch die FDP bestritt ihren Wahlkampf u. a. mit dem Vorwurf gegen die CDU, eine Art klein-europäisch-abendländisches Reich zum Zwecke der Gegenreformation schaffen zu wollen.

Triumph der Union bei den Bundestagswahlen 1957

Der abermalige, noch triumphalere Sieg der Union bei den Bundestagswahlen 1957 musste nun aber auch die letzten konfessionalistischen Eiferer – oder Taktiker – in den Oppositionsparteien davon

Seit Dezember 2001 haben insgesamt 313 Leserinnen und Leser 12.043,72 EUR (= 23.555,47 DM) für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU

Konto: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 112 100 500 oder Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto-Nr. 56 267

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: Internet: www.evangelischer-arbeitskreis.de

überzeugen, dass das Denken in Kategorien des Bekenntnisses im wählenden Volk auf breiter Front im Rückzug war. Und auch innerhalb der CSU setzten sich jetzt jene Kräfte durch, die wie Franz Josef Strauß ein allzu enges konfessionelles Denken überwinden wollten und die in der – von der Viererkoalition vertagten – Frage der Lehrerbildung eingeleitet“, die schon wenige Wochen nach den Bundestagswahlen einer Regierung aus CSU, Vertriebenenpartei und FDP weichen musste. Der Herbst 1957 wurde so gleichsam auch zu einem Herbst des politischen Konfessionalismus.

Herbst des Konfessionalismus

Die Ereignisse dieser Wochen waren aber nur Teil eines großen gesellschaftlichen Wandels, der die Bundesrepublik seit der Mitte der 1950er Jahre zunehmend erfasste. Mit dem Wirtschaftswunder wuchs auch materialistisches Denken, während die Bindungen an die Kirche selbst in den traditionellen ländlichen Bastionen von Protestantismus und Katholizismus abzunehmen begannen. Und diese fortschreitende Säkularisierung relativierte auch konfessionalistische Vorurteile, zumal die rasche politische Stabilisierung der jungen bundesdeutschen Demokratie unter der Regie von CDU und CSU linksprotestantische „Verschwörungsszenarien und Untergangsprophetien“ eindeutig widerlegte; auch die demonstrative Vertretung protestantischer Interessen auf personalpolitischem Feld trug dazu bei, weite Teile der evangelischen Bevölkerung in der Überzeugung zu bestärken, dass die Union keine katholische Partei darstelle, sondern die Interessen der Protestanten in der Bundesrepublik gut aufgehoben seien. Hinzu kamen gemeinsame ökumenische Anstrengungen beider Kirchen, in denen viele zu der Ansicht gelangten, nur gemeinsam dem grassierenden Materialismus in Ost und West erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Evangelisches Leserforum



Erika Schuchardt
Warum gerade ich?
Leben lernen in Krisen

Vandenhoeck & Ruprecht 2002,
11. überarbeitete u. erweiterte Auflage
Göttingen, 12,90 €

Anfang der achtziger Jahre hat das Deutsche Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB) eine Buchreihe initiiert, die unter der Gesamtüberschrift „Frauen als Innovationsgruppe“ erschienen ist. Im Team der Autorinnen und in der Begleitung der Gesamtstudie hat Prof. Dr. Erika Schuchardt maßgeblich mitgearbeitet. Daher kennen wir uns; denn ich war damals als Oberkirchenrat in der Geschäftsführung der DNK/LWB tätig. Es waren „Aufbruchsstudien“ – Aufbrüche eben zur Innovation, zur Erneuerung des Denkens und Handelns, der menschlichen Erkenntnis und des Glaubens und Vertrauens auf den Weg Gottes unter den Menschen. Frauen ha-

ben diesen Aufbruch damals unternommen, in unserem Fall vor ca. 25 Jahren, als z.B. Theologie und Kirche, aber auch andere wissenschaftliche und gesellschaftliche Bereiche noch vornehmlich von Männern beherrscht waren. Neben Erika Schuchardt nenne ich Gerta Scharf-fenorth, die in der gesamten Buchreihe damals die so genannte „Schwesternstudie“ maßgeblich von der Forschungsstelle der Ev. Studienstiftung (Fest) in Heidelberg aus begleitet hat und die später beim Kirchentag '93 einen bemerkenswerten Vortrag hielt zum Thema: „Leben ohne Schmerz und Leid?“

Die permanente, vor allem mediale Demonstration jugendlich pulsierender Kraft und in Blüte stehende Gesundheit drängt an den Rand und aus dem Blickfeld heraus, was doch eben zum Leben gehört wie das tägliche Brot, nämlich die unmittelbare Erfahrung eigenen oder neben mir erlebten Leidens. Ja, man hat oft fast den Eindruck, als ob ganz alte Vorstellungen nun in neuem Gewande wieder aufleben, nämlich die Verbindung von Leiden und Schuld: Früher die Frage: „Welche Schuld hat er auf sich geladen, dass er so oder so von Gott gestraft wird?“ Heute die Feststellung gegenüber behinderten Kindern: Da sind die Eltern selber Schuld, sie hätten es ja verhindern können.

Je verbrämter und verherrlichter die Vision vom Leben ohne Schmerz und Leid als idealtypisch propagiert wird, umso tief greifender ist der Einbruch, wenn es einen trifft – das, was wir ein Unglück nennen oder einen Schicksalsschlag.

Der Vergleich zu anderen, die so oder so tatsächlich oder vermeintlich nicht getroffen oder betroffen sind, bringt die konsequente Frage auf den Tisch: Warum nicht der – warum nicht die – warum gerade ich? Es ist eine menschliche Ur-Frage, eine, die wir alle kennen im Angesicht der unendlichen Vielfalt selbsterfah-



renen Leidens. Es gibt keine Begründung, keine plausible Antwort auf die, im Vergleich zu anderen offensichtliche Ungerechtigkeit. „**Warum gerade ich?**“ kann schnell und nachhaltig zur Verzweiflungsfrage werden.

Erika Schuchardt hat diese Frage ungeschönt und mit ihrer ganzen lebensbedrohenden Wucht aufgegriffen. Sie ist ihr im wahrsten Sinne des Wortes nachgegangen, in dem sie den Menschen nachgegangen ist, die diese Frage stellen – stöhnend, schreiend, verzweifelt, leise resignierend.

Das ist für mich die erste Stärke des Buches von Erika Schuchardt: es geht um **reale Menschen mit realen Biografien**, die zugleich Leidens- und Lebensbeschreibungen sind. Passionsgeschichten in erlebter Passionszeit. Erlebt auch auf dem Hintergrund eines Glaubens und einer Glaubensgemeinschaft, deren Zeichen das Kreuz ist. **Lama asaftani – warum hast du mich verlassen?** Da ist sie wieder, diese menschliche Urfrage in der Passionszeit. Sie bleibt unbeantwortet. Aber sie geht nicht ins Leere. Eli, eli

– Lama asaftani, mein Gott, mein Gott! Es bleibt ein Gegenüber, ein Adressat auch der bitteren Klage.

Das ist für mich die zweite Stärke des Buches: zwischen Gott und den Menschen, jedem einzelnen Menschen, gibt es keine einfachen, keine billigen Antworten und Vertröstungen. Eben auch keine billige Gnade. Vielmehr behalten Aufschrei und Klage ihren Raum, wie in den vielfältigen Biografien der Bibel im Buch des Lebens auch, und bleiben in der Spannung zur Liebe Gottes – bis zum Tode, ja bis zum Tode am Kreuz. In dieser Weise ist das Buch von Erika Schuchardt zu Recht auch ein Glaubensbuch genannt worden oder – so Konrad Reiser – eine „Theologie der Lebensgeschichte“. Und es wird deutlich, dass der Umgang mit dem Leiden, wie mit dem Glauben selbst kein passives über-sich-ergehen-lassen ist, sondern engagierte, oft mühselige quälende und harte Arbeit. Die als eine Spirale des Fortschreitens im Ringen mit dem Leiden dargestellten „Arbeitsstationen und Erlebnisstadien“ zeigen das Ausmaß des Abverlangten: Ungewissheit, Gewissheit, Aggression, Verhandlung, Depression, Annahme, Aktivität, Solidarität – Stationen auf dem Weg zur sozialen Integration.

„Leben lernen in der Krise“, so der Untertitel

des Buches, hört sich demgegenüber allzu sehr wie eine pädagogische Anweisung an. Vielmehr – so hab ich es gelesen – werden, wenn Hoffnung wachsen soll, Leiden und Leben, Nähe und Ferne Gottes im Kreuz Christi neu begriffen und beieinander gehalten. Ich mag den englischen Untertitel: *Guidance and Hope for those who suffer – Wegweisung und Hoffnung für die, die Leid tragen.*

Eine dritte Stärke des Buches liegt in der **Einbeziehung derer, die zu Begleiterinnen und Begleitern von Menschen in Schmerz und Leid werden.** Wer Erika Schuchardt ein wenig kennt, spürt gerade hier ihre unmittelbare eigene Erfahrung. Wichtig ist der aus solcher Erfahrung erwachsene Hinweis darauf, dass Begleitung hilfreich nur möglich ist, wenn die gleichen „Arbeitsphasen“ ohne jede eigene Überlegenheit mit dem Leidenden mitgegangen werden und so das gemeinsame Ziel

auch gemeinsam im Blick bleibt, nämlich die soziale Integration auf allen Ebenen. Das trifft natürlich auch den Seelsorger in mir selbst. Ich habe selber die von Erika Schuchardt dargestellte Rollenbindung im kirchlichen Amt nachempfinden können, die nicht selten zu einem Trostwort zu viel als zu einem schweigenden Teilen der Hilflosigkeit führt. Nicht für sondern mit dem Leidtragenden kann der gemeinsame Weg gelingen. Heilsame, wichtige Erkenntnisse, sowie einfühlsame und deshalb auch anzunehmende Kritik an der kirchlich-institutionellen Seelsorgepraxis, die allzu oft ins Leere läuft.

Ein Letztes soll noch besonders hervorgehoben werden: eine gegliederte Bibliographie der über 2.000 Lebensgeschichten von 1900 bis heute; und ein alphabetisches Autorenverzeichnis dazu. Es ist also auch ein Lernbuch und ein Handbuch zum praktischen Nachvollzug wie ebenso zu einer wissenschaftlichen Erarbeitung.

Summa: Vor uns liegt ein Lebensbuch und ein Glaubensbuch, ein Lehrbuch und ein Lernbuch, vor allem anderen aber ein Hoffnungsbuch. Ungeachtet des hohen wissenschaftlichen Anspruchs ist es ein Buch, das nur aus dem Engagement des Herzens heraus so entstehen und so rund um die Welt Zustimmung finden konnte. Gut, dass es uns noch einmal wieder in einer überarbeiteten nunmehr 11. Neuauflage auf den Tisch gelegt wird. Danke dafür, Erika Schuchardt! ■



Anm.:

Landesbischof a. D.
Dr. Christian Krause ist
Präsident des Lutherischen
Weltbundes (LWB).

Aus unserer Arbeit

■ Problematik und Praxis christlicher Schulen im Freistaat Sachsen

Der EAK Leipzig lud im November 2001 unter dem Thema „Erziehung nach christlichen Werten – was sonst“ ein. Die etwa 100 Teilnehmer dieses auf Diskussion angelegten Herbstforums erörterten die, auf der rechtsstaatlich korrekten Übernahme der DDR-Lehrerschaft beruhende, Problematik atheistischer Dominanz.

Bekanntlich unterlagen Zulassung wie Lehrerausbildung marxistisch-kommunistischen Idealen einer atheistischen Weltanschauung, worin mangelnde geisteswissenschaftliche Kompetenz und Fremdheit gegenüber der christlichen Gedankenwelt gründen, die christliche Kinder weiterhin als Exoten erscheinen lassen.

Während der Begriff „Zivilcourage“ bei Massenkundgebungen „gegen Rechts“ strapaziert wird, erleben christliche Kinder, Eltern und Lehrer öffentliche Häme.

Somit wundert es nicht, dass christliche Eltern in großer Zahl für ihre Kinder nach einem Platz in einer konfessionellen Schule suchen. Weite Schulwege und erhebliche Zahlungen an Schulgeld sind ihnen kein Hindernis, um ihren Kindern eine optimale Schumatmosphäre zu ermöglichen.

Sie erwarten von ihrem CDU-regierten Freistaat eine besondere Fürsorge.

Leider wurde dessen ungeachtet die ungeforderte

Gründungszeit von Schulen in freier Trägerschaft von bisher 2 auf 4 Jahre verlängert, was einem Gründungsstopp gleichkommt.

Das Alternativangebot, eine komplette Schule samt Lehrkörper zu übernehmen, macht nach dem Vorstehenden wenig Sinn.

Im Folgenden sind zwei grundverschiedene evangelische Schulen beschrieben,

Das Gelände liegt fast idyllisch zwischen einem Wäldchen und der Freiburger Mulde, am Rande des nach Döbeln eingemeindeten Örtchens Technitz.

Bereits ein Jahr vor dem Auszug der bis Juni 2001 staatlich betriebenen Grundschule, begann der Trägerverein mit 15 Schulanfängern und einer engagierten jungen Lehrerin, den Schul-

fung der Finanzmittel bis zur termingerechten Nutzbarkeit der benötigten Räume, sichtbar Gottes Segen.

Das laufende Schuljahr umfasst bereits zwei Klassen mit nunmehr 35 Kindern, von den 20 den Hort in Anspruch nehmen.

Für die 3. Schulanfängerklasse für 2002 liegen bereits 27 Anmeldungen vor. Somit trifft das Motto



Vereinsvorsitzender Pfr. Lutz Behrisch mit Schülern beim Schulanfangsgottesdienst in Technitz.

die die Startphase mehr oder weniger überwunden haben und zu Hoffnungszeichen ihrer Region wurden.

Die Evangelische Grundschule Döbeln-Technitz

Am 4. Mai 1999 gründete sich der „christliche Schulverein Döbeln-Technitz e.V.“ in der Absicht, mit etwa 20 Schulanfängern eine evangelische Grundschule ins Leben zu rufen.

Auf kirchlichem Terrain, das neben der 1852 erbauten Kirche und einem mauerumwehrten Friedhof auch die 1920 errichtete Schule samt Nebenanlagen umfasst, wurde dieses Anliegen Realität.

betrieb im Gemeindesaal des nahen Pfarrhauses.

Um das Schuljahr 2001/2002 pünktlich mit nunmehr zwei Klassen beginnen zu können, galt es, während der Sommerferien das dreigeschossige Schulhaus auf modernen Standard umzubauen.

In einem ersten Bauabschnitt wurden Bauarbeiten im Wert von 150 T€ beherzt angepackt, um vier Klassenzimmer, Hort-, Lehrer- und Arztzimmer, Sanitäranlagen und eine Außentreppe als 2. Fluchtweg sachgerecht unterzubringen. Auf diesem Kraftakt lag von der Aquirie-

„wachsen lassen“ sowohl für den Baufortschritt als auch die Kinderzahl und die geistliche Gemeinschaft von Lehrkörper (inzwischen drei Lehrerinnen), Schulverein und Eltern zu.

Der geistliche Aspekt liegt dem Vereinsvorsitzenden und Pfarrer der evangelischen Ortsgemeinde, Herrn Lutz Behrisch, besonders am Herzen, da die Aufbruchstimmung von 1989 bei einer Arbeitslosenquote von 20% zu ersticken droht.

Der geglückte Start dieser Schule ermutigt den Verein, sein Konzept einer „Öffnung der Schule für das Leben“ mit sinnorientierten Themen, Wiederbefähigung

zur Andacht und genügend Raum für die Individualitätsentwicklung zu verwirklichen. Schon jetzt sind erfreuliche Synergieeffekte zwischen Schulverein (26 Mitglieder), Förderverein (50 Mitglieder), Kirchgemeinde und Kommune auszumachen.

Die Vorbildwirkung gelebten Glaubens ließ z.B. die Zahl der Christenlehrekinder im Ort von elf auf siebenunddreißig anwachsen. Der laufende Haushalt umfasst rund 150 T€, zu dem der Freistaat ab Schuljahr 2002/03 hoffentlich die gesetzlich möglichen 90% der Betriebskosten beiträgt. Das Schulgeld beträgt ohne Hort und Schulspeisung monatlich 46€ je Schüler. Die weitere Aquirierung von Spenden und Fördermitteln für Ausstattung und Aron-dierung des Umfeldes, wird noch einige Jahre die Haupt-sorge dieser Neugründung sein.

Wenn 2004 die erste Schüler-gruppe zur weiterführenden staatlichen Schule wechselt, ist der Beweis zu erbringen, dass die Absolventen „das Lernen gelernt haben“.

Das Evangelische Schulzentrum Leipzig

Dieses Schulzentrum beherbergt unter einem Dach Grundschule, Mittelschule und Gymnasium und wird in Leipzig kurz „Eva Schulze“ genannt.

Es liegt in der Trägerschaft der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, feierte im Dezember 2001 sein 10-jähriges Bestehen und hat mit insgesamt rund 1000 Schülern seine Kapazitätsgrenze erreicht.

Ein im Jahre 2001 fertiggestellter Neubau trakt ge-

währleistet die für einen reibungslosen Schulbetrieb nötigen räumlichen Bedingungen.

Für einen zweiten Bauabschnitt, der neben einer Turnhalle auch die nötigen Fachkabinette beinhaltet, sind Finanzmittel von rund 5,51 Mio.€ bereits zugesagt.

Die Mitnutzung der angrenzenden Petrikirche für Morgenandachten und Schülerkonzerte bildet auch optisch eine gute Ergänzung der christlichen Bildungseinrichtung. Der Besucher wird

im geräumigen Foyer des Altbaus mit dem Leitspruch „Denn Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit“ (2. Tim 1/7) begrüßt.

Das Schullogo symbolisiert mit einem Boot unter dem Regenbogen, dass sich Lehrer und Mitarbeiter einer christlichen Schumatmosphäre verpflichtet wissen.

Die Abstimmung der Bildungsgänge gestattet es, die Hauptfächer des Mittelschulbereiches in vierzehner Klassenstärke zu unterrichten, während sonst die 2-zügige Grundschule als auch das 3-zügige Gymnasium mit einer parallel geführten Mittelschulklasse auf je 28 Schüler orientiert sind.

Der Schulleiter, Herr Boeckh, legt großen Wert auf ein



Das Buch zum Jubiläum:

Die Erfolgsgeschichte des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU von Albrecht Martin und Gottfried Mehnert

Das Buch ist über die EAK-Bundesgeschäftsstelle, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, für 15 € incl. MwSt. und Versand erhältlich, kartoniert, 208 Seiten. ISBN-Nr. 3-00-009147-5



„Wir-Gefühl“ – nicht nur zwischen Eltern und Lehrkörper, sondern auch zwischen den Schülern, die überwiegend aus christlichen Elternhäusern kommen.

Auch Schüler mit Behinderungen und Kinder aus anderen Ländern sind voll integriert.

Die Absolventen des Schulzentrums streben vor allem in die Berufe der Theologie, Diakonie, Medizin und Musik. Zur Zeit bestehen 35 Arbeitsgemeinschaften mit vornehmlich musikalisch-künstlerischem Charakter.

Nach der Einrichtung von Fachkabinetten – hier besteht noch ein Finanzierungsbedarf von rund 153 T€ – wird das Gymnasium voll seinem Profil im sprachlichen, musischen und naturwissenschaftlichen Gebiet entsprechen können. Der Jahres-

haushalt hat ein Volumen von rund 3,57 Mio.€. Der Freistaat Sachsen trägt 90% der Kosten des Fachpersonals und die Eltern zahlen im Regelfall ein monatliches Schulgeld von 61€.

Des Schulleiters größte Sorge besteht in der finanziellen Absicherung der laufenden Bauvorhaben und der nötigen technischen Einrichtung.

Seine größte Freude ist, dass es vorwärts geht, denn um Schüler ist ihm nicht bange, beträgt doch zur Zeit die Zahl der Anmeldungen das 5-fache der Aufnahmekapazität. ■

Anm.:

Hartmut Nischik ist Kreisvorsitzender des EAK Leipzig

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Silke Adam, Dr. Bernhard Felmberg (V.i.S.d.P.), Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel.: (030) 22070-432, Fax: (030) 22070-436 · E-Mail: eak@cdu.de · www.evangelischer-arbeitskreis.de · Konto: EAK, Postbank Köln, (BLZ 370 10050) 112 100 500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00) 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!

Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach
PVSt · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt · A 05931

1. SAMUEL 16, 7B: „DER MENSCH SIEHT, WAS VOR DEN AUGEN IST, DER HERR ABER SIEHT DAS HERZ“



Unsere Sicht der Dinge ist beschränkt. Das wissen wir und wir bekommen es zu spüren. Wie oft haben wir uns schon in Personen geirrt, weil vor allem unsere Augen zu uns gesprochen haben – und sie können so deutlich reden. „Schau Dir den an, wie der aussieht, der wird sicherlich genauso abstruse Gedanken haben, wie sein Äußeres skurril ist – halt dich bloß fern.“ Oder: „Was für ein attraktiver Mensch, hier wird sich eine Unterhaltung sicherlich lohnen!“ In beiden Fällen unterliegen wir oft falschen Vorstellungen. Wir vermuten hinter gutem Aussehen und geschmackvoller Kleidung einen ebensolchen Charakter, und wir sind vorsichtig, wenn uns Menschen begegnen, die diesen Kriterien nicht entsprechen. Gutes Aussehen, das beweisen Untersuchungen, machen einem das Leben einfacher. Selbst Samuel, der Gesandte Gottes, war gegen diese äußerlichen Wahrnehmungen nicht gefeit. Als er auf Gottes Geheiß den Nachfolger für Sauls Thron unter den Söhnen Isais suchte, geriet er fast in Verzückung, als er Eliab sah. Angesichts seines Aussehens und seiner stattlichen Gestalt war er sich sicher, dass der Gesalbte des Herrn vor ihm stand. Aber nicht Eliab sollte der Erwählte Gottes sein, sondern der Jüngste. Auf David hatte Gott sein Auge geworfen. Er kannte sein Herz. Gott sieht den Menschen als den, der er ist. Er lässt sich nicht von Äußerlichkeiten ablenken. Er schaut in unser Herz. Er kennt unser Lebenszentrum, unser Wesenszentrum. Er möchte, dass wir lernen, die Menschen so zu sehen, wie er es tut. Manchmal gelingt es uns! Es ist und bleibt aber eine ständige Herausforderung, das Herz des anderen zu entdecken.

Felmberg

Unsere Autoren:

Präsident
Dr. Eckhart von Vietinghoff
Landeskirchenamt
Ev.-Luth. Landeskirche Hannovers
Rote Reihe 6
30169 Hannover

Prof. Dr. Walter Schmithals
Landauer Str. 6
14197 Berlin

Minister
Dr. Christoph E. Palmer
Staatsministerium
Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart

Dr. habil.
Manfred Kittel
Leonardstr. 46b
80836 München

Landesbischof a. D.
Dr. Christian Krause
Präsident des Lutherischen Weltbundes
Henriette-Breymann-Str. 16
38302 Wolfenbüttel